

Rückgewinnung der Gemeingüter

Bewährungsprobe für das partizipatorische Grundprinzip der Subsidiarität in der Tradition der Katholischen Soziallehre

Josef Senft

Das, was alle Menschen ganz allgemein für ein gutes Leben brauchen, nämlich Gemeingüter wie z.B. Wasser, gesunde Luft, Bildung ist durch ökologische und ökonomische Rücksichtslosigkeiten massiv bedroht. Das zeigt sich nicht nur an Privatisierungen (wie z.B. kommunaler Einrichtungen), sondern auch an der absoluten Renditefixierung der meisten Konzerne und zuletzt an dem Desaster der Atomwirtschaft.. Aus diesen Gründen und verstärkt seit der katastrophalen Finanz- und Wirtschaftskrise gewinnt die Idee der Gemeingüter (commons) bei sozialen Bewegungen wie z.B. attac und in der Wissenschaft immer mehr Bedeutung (1). Dies zeigte sich nicht zuletzt auch anlässlich der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom. Sie hat – so das Nobelkomitee – mit ihren Forschungen gezeigt, wie gemeinschaftliches Eigentum erfolgreich verwaltet werden kann, und dass man sich dabei besser nicht dem Markt aussetzen oder auf den Staat verlassen sollte. Dieser »dritte Weg« einer solidarischen Ökonomie mit relativer Unabhängigkeit von den Zwängen des Marktes und des Staates scheint angesichts der globalen Wirtschaftskrise heute für viele wenn schon nicht eine Alternative, so doch zumindest ein notwendiges Korrektiv und eine wichtige Ergänzung im Bereich des Konsums und der Produktion zu sein.

Für Menschen, die sich bei ihrem ethischen Verhalten im Rahmen der christlichen Glaubenstradition orientieren, tauchen in der Debatte um die Gemeingüter zahlreiche Aspekte auf, die z.B. unter dem Stichwort »Bewahrung der Schöpfung« von großer Bedeutung sind. Im besonderen Maße herausgefordert ist dabei die katholische Seite, weil in ihrer Tradition zentrale Begriffe der Gemeingüter-Debatte als *die* Sozial-Prinzipien gelten, nämlich Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl. Nach Ostrom ist Solidarität als Steuerungsressource komplementär zu Markt und Staat gefragt und die Orientierung am Subsidiaritätsgedanken sowohl staatlicher Kontrolle als auch Privatisierungen überlegen. Eine solche »solidarische Ökonomie« wurde nach Ostroms Meinung früher in der Allmende und wird heute in Formen genossenschaftlichen Wirtschaftens dem Gemeinwohl in besonderer Weise gerecht. Angesichts einer solchen Aufwertung von zentralen Inhalten der eigenen Tradition könnte man erwarten, dass Christen und besonders die römisch-katholische Kirche interessiert in der Debatte um die Gemeingüter eintreten und sich engagiert für deren Erhalt bzw. Rückgewinnung einsetzen.

Orientierung am Subsidiaritätsgedanken

Wie schon in der 1931 erschienenen und das Subsidiaritätsprinzip grundlegend formulierenden Enzyklika »Quadragesimo anno« beschrieben, sind auch nach Ostrom kleine, gut organisierte Gemeinschaften oft am produktivsten und wissen am besten, was gut für sie ist. In ihrem 1990 erschienenen Buch »Governing the

commons« befasst sich Ostrom mit der Selbstorganisation und -regulierung durch die Nutzer vor Ort und zeigt damit, wie quasi auf einem dritten Weg zwischen Staat und Markt Ressourcen nachhaltig bewirtschaftet werden können. Dass sie sich dabei ausdrücklich am Subsidiaritätsgedanken orientieren, wurde von wirtschaftsliberaler Seite (angesichts ihrer durch die Finanzkrise in Misskredit geratenen Deregulierungswut) dankbar begrüßt. Schnell wurde behauptet, Ostrom habe staatliche Eingriffe als ein höchst gefährliches Instrument geächtet. Das entspricht durchaus dem landläufigen Verständnis von Subsidiarität als einem Prinzip, das in erster Linie gegen den Staat gerichtet sei. Dabei hatte Oswald von Nell-Breuning, der als Verfasser der o.g. Enzyklika gilt, immer wieder darauf hingewiesen, dass mit dem Subsidiaritätsprinzip eben nicht gemeint sei, erst einmal abzuwarten, was die kleineren Gemeinschaften unter Aufbietung ihrer letzten Reserven zu leisten imstande sind. Vielmehr gehe es darum, jene Art von Hilfe zu geben, »die den Menschen Instand setzt oder es ihm erleichtert, sich selbst zu helfen, oder die seine Selbsthilfe erfolgreicher macht«. Wer die Staatstätigkeit als bloßen »Notbehelf« einstufe, missverstehe das Subsidiaritätsprinzip, es wäre »seine Verkehrung ins Gegenteil« (Ein katholisches Prinzip? 1976, 62f). Diese Präzisierung wird von marktliberaler Seite geflissentlich ebenso übersehen wie die Rahmenbedingungen, die Ostrom für erfolgreiche Lösungen von lokalen Allmendeproblemen aufstellt: Bei der Festlegung der Regeln müssen alle Betroffenen mitwirken können, die Vereinbarungen müssen den lokalen Bedürfnissen angepasst sein, ihre Einhaltung muss überwacht werden, bei Regelverstößen muss es abgestufte Sanktionsmöglichkeiten geben und die Selbstbestimmung der Gemeinde wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt.

Ökonomie der Solidarität

Dass gemeingüterbasiertes Wirtschaften gelingen kann, hat sich historisch nicht nur in dem in Gemeindebesitz befindlichen Gewässern, Wiesen und Wäldern (der Allmende) gezeigt, sondern auch in zahlreichen Selbsthilfevereinen und Genossenschaftsgründungen bis in die Gegenwart. So gab es z.B. zu Beginn des 20. Jahrhunderts Konsumgenossenschaften – mit Namen wie »Konsum« oder »Solidarität« - die Millionen von Arbeiterhaushalten versorgten und (neben Gewerkschaft und Partei) als »dritte Säule der Arbeiterbewegung« und als »Ökonomie der Solidarität« bezeichnet wurden. Als Hauptgrund für den Niedergang dieser Produktions- und Konsumgenossenschaften galt bis zum wirtschaftswissenschaftlichen Gegenbeweis durch Ostrom die These von der »Tragödie der Allmende« (G.Hardin, 1968); danach entspringe aus einem individuell rationalen Verhalten kollektiv die irrationale Zerstörung des Gemeingutes – wenn z.B. Bauern ihr Vieh so lange auf eine gemeinschaftlich genutzte Weide trieben, bis diese erschöpft und die Allmende zerstört sei. Dass diese Gefahr beherrschbar ist, wenn entsprechende Regeln eingehalten werden, hatte zuletzt auch schon die seit den 1980er Jahren stark angewachsene Alternativ- und Selbsthilfeökonomie gezeigt. Allerdings wurde seither immer wieder darum gestritten, ob Solidarität als dritter gesellschaftlicher Steuerungsmodus (neben Markt und Staat) nur funktioniert, wenn sie an vergleichsweise kurze Handlungsketten gebunden ist, d.h. wenn dabei in der Regel der Rahmen von noch überschaubaren Gruppen nicht überschritten wird. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Gefahr hingewiesen, dass mit dieser Debatte u.U. von den politischen Weichstellungen und der sozialen Verantwortung des Staates abgelenkt wird.

Sozialethische Herausforderungen

In der Theorie befürwortet die katholische Sozialethik des Öfteren die eigenständige Position eines Dritten zwischen Markt und Staat: So schon in der Idee des »Solidarismus« als Äquidistanz zwischen Kapitalismus und Kommunismus; in der Sozialzyklika »Centesimus annus« (1991) wird die Zivilgesellschaft als »drittes Subjekt« neben Staat und Markt gesehen und 2009 fordert Benedikt XVI. in seiner Sozialzyklika »Caritas in veritate« neben dem regulierenden Staat und dem freien Markt eine »Ökonomie der Gabe«. Diese solle durch bestimmte Mechanismen der Umverteilung und durch »Werke, die vom Geist des Schenkens geprägt sind«, entstehen (CV 37). Denn nur wenn sich nicht nur die Politiker und Manager, sondern alle Bürger an moralischen Werten ausrichten und »Formen solidarischen Wirtschaftslebens« praktizieren (39), könnten die derzeitigen schwerwiegenden Verzerrungen und Missstände überwunden werden. Mit diesem moralischen Appell an die persönliche Verantwortung des Einzelnen reduziert das römische Lehramt die Anforderungen auf eine individuelle Tugendethik. In der Enzyklika »Sollicitudo rei socialis« hatte Johannes Paul II. (immerhin mit Formulierungen aus der Theologie der Befreiung) noch von den »Strukturen der Sünde« gesprochen (37), die es zu überwinden gelte; davon ist in »Caritas in Veritate« nicht mehr die Rede. Damit fällt die aktuelle Sozialtheorie Roms hinter das zentrale Anliegen der Gründungsväter der Katholischen Soziallehre wie Bischof von Ketteler und Franz Hitze zurück, die entschieden für eine Reform der Strukturen eingetreten waren. In seinem praktischen Handeln unterstützt Rom nicht nur die Forderungen der globalisierungskritischen Gruppen nicht (vgl. z.B. bei den Weltsozialforen in Brasilien), sondern missachtet die eignen Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität in skandalöser Weise, wie man vor allem an der Kirchenpolitik gegenüber christlichen Basisorganisationen in Lateinamerika sehen kann, die zusammen mit vielen anderen Gruppen um den Erhalt bzw. die Rückgewinnung von Gemeingütern kämpfen.

Anmerkungen

(1) www.commonsblog.wordpress.com

Literatur

Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Wem gehört die Welt. Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München 2009; die Schwerpunktheft von ila 323, März 2009 und iz3w 315, Nov./Dez. 2009; Christiane Grefe: Ubuntu heißt Gemeininn (www.zeit.de/2009/30/L-Commons).

Autor

Prof. Dr. Josef Senft ist Theologe und Hochschullehrer für Religionspädagogik und Sozialethik am Institut für Katholische Theologie an der Universität zu Köln.

Kontakt:

Institut für Katholische Theologie

Klosterstr. 79e

50931 Köln

Telefon: (02 21) 47 02 16 0

E-Mail:

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de